

Stand: 04.04.2026 17:15:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19612

""Kann-Regelung" ist keine Lösung - Straßenausbaubeiträge schnell abschaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19612 vom 12.12.2017
2. Beschluss des Plenums 17/19718 vom 13.12.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 13.12.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**„Kann-Regelung“ ist keine Lösung –
Straßenausbaubeiträge schnell abschaffen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Einführung einer „Kann-Regelung“ zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen keine Lösung bestehender Probleme ist.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Regelung zur Erhebung dieser Beiträge gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 3 Kommunalabgabengesetz abgeschafft werden soll, um die Bürger zu entlasten und Rechtssicherheit für Bürger und Kommunen herzustellen.

Begründung:

Die „Kann-Regelung“ suggeriert dem Bürger, dass die Gemeinden die Freiheit dazu haben, selbst darüber zu entscheiden, ob sie Beiträge erheben oder nicht. Das stimmt aber nicht! In Wahrheit wird den Bürgermeistern der schwarze Peter zugeschoben und in den Gemeinden politisch Feuer gelegt. Die meisten Gemeinden „müssen“ dennoch die Beiträge erheben. Zum einen weil es im Gesetz steht, hier heißt es in Art. 62 Abs. 2 der Gemeindeordnung, dass erst die Beiträge einzunehmen sind, bevor eine andere Finanzierung möglich ist. Straßenausbaubeiträge gehen also vor. Genau das ist der Grund warum in anderen Bundesländern, wie z. B. in Hessen das Gericht die „Kann-Regelung“ als zu große Einschränkung der Kommunen in ihrer Entscheidungsfreiheit bewertet hat. Zum anderen müssen ärmere Kommunen die

Anlieger zur Kasse bitten und finanziell stark aufgestellte Kommunen können auf Beiträge verzichten. Es entsteht ein größeres Gefälle zwischen ärmeren und reicheren Kommunen. Diese ungerechte und vom finanziellen Status der Kommune abhängige Entscheidung wird zu noch mehr verwaltungsgerichtlichen Auseinandersetzungen führen und die Gerichte noch mehr in Anspruch nehmen.

Die Heranziehung zu Straßenausbaubeiträgen entspricht nicht mehr der Lebenswirklichkeit und belastet eine Bevölkerungsgruppe unverhältnismäßig. Ziel muss es daher sein, Anlieger nicht mehr an den Ausbaukosten für Kommunalstraßen zu beteiligen und sie so finanziell zu entlasten. Die derzeitige Regelung ist von der Annahme bestimmt, dass die Grundstückseigentümer durch ihre Möglichkeit der Nutzung der anliegenden Straße besondere Vorteile hätten. Dies soll Rechtfertigung dafür sein, dass sie den Großteil der Beitragslast zu tragen haben. Jedoch ist der dieser Annahme vorausgehende Vorteilsbegriff in diesem Fall schlicht veraltet. Für die Erneuerung und die Verbesserung der gemeindlichen Straßen ist kein erheblicher Sondervorteil für die angrenzenden Grundstückseigentümer zu sehen. So ist die Nutzung der Straßen nicht auf die Anlieger beschränkt. Allein schon deshalb, weil die Kostenträger nicht die alleinigen Nutzer sind, ist das Berechnungsmodell völlig unbrauchbar.

So müssen einzelne Anwohner sich teilweise mit bis zu fünfstelligen Beträgen am Ausbau der Straßen beteiligen, jedoch ohne Mitspracherecht. Beitragspflichtige Anwohner mussten dafür private Kredite in Anspruch nehmen, um der Beitragsforderung nachkommen zu können. Teilweise sind Anwohner durch diese Forderungen existenziell bedroht, wenn sie die Beiträge nicht aufbringen können. Jahrzehntelange Zahlung zum Erwerb und Erhalt des Eigentums werden mit Erhebung der Beiträge zu Nichte gemacht. Es kommt immer wieder zu erheblichen Ungerechtigkeiten. Das System ist ungerecht und verursacht in den Kommunen erheblichen Verwaltungsaufwand sowie politischen Ärger. Die betroffenen Bürger müssen hier entlastet werden. Für Bürger und Kommunen muss Rechtssicherheit hergestellt werden. Deshalb sind die Straßenausbaubeiträge schleunigst abzuschaffen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/19612

„Kann-Regelung“ ist keine Lösung – Straßenausbaubeiträge schnell abschaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Hubert Aiwanger

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Klaus Adelt

Abg. Thomas Gehring

Abg. Eva Gottstein

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

"Kann-Regelung" ist keine Lösung - Straßenausbaubeiträge schnell abschaffen!
(Drs. 17/19612)

Erster Redner ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben als FREIE WÄHLER beim Thema der Straßenausbaubeiträge Bewegung in die Sache gebracht. Das ist auch gut so, weil wir sehen, dass hier großer Handlungsbedarf ist. Wir sehen große Unsicherheit und dass es bessere Lösungen gibt.

Die bessere Lösung ist das Abschaffen der bestehenden Straßenausbaubeitragssatzungspflicht. Das Land Baden-Württemberg schafft es, ohne diese Satzung zurechtzukommen. Auch wir in Bayern sollten diesen Weg beschreiten. Seitdem wir im Landtag sind, haben wir noch bei keinem Thema so viel Zustimmung erfahren wie bei diesem. Es gibt mittlerweile über 100 Bürgerinitiativen, die dieses Thema erledigt sehen wollen. Es gibt zunehmend Druck auf Kommunalpolitiker, Rechtssicherheit herzustellen. Es gibt auch den Ruf aus der Kommunalpolitik, Rechtssicherheit zu bekommen. Die bekommt man aber nicht mit Ihrem Vorschlag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, einer Kann-Regelung. Dieser Vorschlag ist ein Ladenhüter; das wissen Sie selber.

Sie haben aus der Not dieses Thema aufs Tapet gebracht, weil Ihnen auf die Schnelle nichts Besseres einfiel und weil Sie auf alle Fälle vermeiden wollten, den FREI-

EN WÄHLERN zuzustimmen. Sie sind damit aber auf dem Holzweg, und das wissen Sie selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben im Jahr 2016 als Verlautbarung aus Ihrer Fraktion ein Schreiben herausgegeben, in dem Sie angeführt haben, die Kann-Regelung würde nur eine Scheinfreiheit bringen und weiterhin den Großteil der Kommunen zwingen, trotzdem Satzungen anzuwenden, weil es eben Rechtsprechung sei und weil es gelebte Rechtspraxis sei, dass Beiträge, die erhoben werden könnten, als Erstes herangezogen werden müssten, um Dinge zu finanzieren.

Sie machen sich selber und den Bürgern etwas vor, an das Sie selber am Ende nicht glauben. Deshalb der Appell an Sie: Kommen Sie möglichst schnell zur Vernunft! Erkennen Sie möglichst schnell, dass der richtige Weg die Flucht nach vorne ist und dass es der richtige Weg ist, hier reinen Tisch zu machen, diese Dinge abzuschaffen und einen vernünftigen Gegenfinanzierungsvorschlag über einen Fördertopf auf den Weg zu bringen! Dann können die Gemeinden Anträge auf Förderung stellen. Die, die das nicht wollen, haben jetzt auch keine Satzung angewendet, sondern haben es aus eigenen Mitteln geschafft. Ihnen würden wir sogar mehr helfen, als ihnen momentan geholfen ist.

Mit einer Kann-Regelung ist ihnen nicht geholfen, weil Sie natürlich im Gegenzug argumentieren: Wenn du willst, lieber Bürgermeister, kannst du auch, dann mach es doch. – Sie wissen aber genau, dass Sie ihm damit zynischerweise den Schwarzen Peter zuschieben und dass sich ein Bürgermeister massiv unter Druck setzen würde, wenn er eine Satzung einführt und anwendet, während das seine Nachbarkommune nicht kann und nicht muss. Sie dividieren auch reiche und arme Kommunen noch weiter auseinander. Zumindest die armen Kommunen können auf solche Satzungen nicht verzichten. Sie werden ihre Bürger weiterhin abkassieren müssen, was am Ende sogar zu einem negativen Standortpunkt führt, weil die Bürger nicht mehr nur fragen,

ob sie schnelles Internet und dergleichen mehr haben, sondern bei einer Kauf- oder Bauentscheidung auch darüber nachdenken werden, ob sie, nachdem sie ihr Häuschen einige Jahre haben, vielleicht zur Zahlung eines Straßenausbaubeitrages herangezogen werden und dafür ihre Altersersparnisse aufbrauchen müssen.

Dieses Thema ist durch unseren Vorstoß auf den Tisch gekommen. Sie bringen es nicht mehr unter den Tisch. Sie können es nicht mehr wegdiskutieren. Dass Sie jetzt nervös reagieren, zeigt ja, dass wir hier im wahrsten Sinne des Wortes ins Schwarze getroffen haben.

(Hans Herold (CSU): So ein Populist!)

Dieses Thema muss abgeschafft werden; das ist der einzige Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich appelliere an Sie, möglichst schnell zu erkennen und zu dem Entschluss zu kommen, dass wir draußen so nicht weitermachen können, dass Gemeinden mittlerweile ihre Maßnahmen aussetzen und erst einmal abwarten, was am Ende herauskommt. Sie warten einmal ab, was aus Ihrer Kann-Vorschrift wird. Sie warten ab, ob Sie endlich den Schuss gehört haben und sagen: Uns bleibt nichts anderes übrig, schaffen wir es doch ab wie damals die Studiengebühren. Auch damals haben Sie sich gewunden wie ein Aal, und auch bei der Abschaffung des G 8 haben Sie sich gewunden wie ein Aal, nur um der Parteiräson zu genügen. Es kann doch nicht sein, dass eine CSU auf Vorschläge der FREIEN WÄHLER eingehen müsste. Das ist ja unter ihrer Würde. Ich empfehle es Ihnen trotzdem.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Schauen Sie sich unseren Vorschlag an! Machen Sie mit! Schaffen Sie dieses Ding ab! Sonst wird es das Volk tun. Wir haben diesen Antrag heute noch einmal auf den Tisch gelegt. Die Zeit drängt. Über Weihnachten ins Frühjahr hinein muss eine Entscheidung kommen. Wenn Sie das Kreuz dazu hätten, würden Sie für dieses Land

gute Politik machen. Wenn Sie weiterhin nur Parteipolitik machen, ist das zum Schaden des Landes.

(Zurufe von der CSU – Unruhe)

Schaffen Sie das Ding ab! Nehmen Sie Abstand von Ihrer unsinnigen Kann-Formulierung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schaffen Sie das Ding ab, entlasten Sie die Bürger und die Kommunen, und sorgen Sie für Rechtssicherheit! Das ist mein Weihnachtswunsch an Sie. Wenn Sie diesen Geschenkwunsch nicht aufnehmen, kommt eben im neuen Jahr das Volksbegehren.

(Hans Herold (CSU): Schäm dich, Populist!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt spricht für die CSU-Fraktion der Herr Kollege Dr. Herrmann. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es kurz zu machen: Wir werden den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen. Wir lehnen ihn ab,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil er von den FREIEN WÄHLERN ist!)

weil erstens von Ihnen bereits vor zwei Wochen ein Gesetzgebungsverfahren in Gang gesetzt wurde. In diesem Gesetzgebungsverfahren können wir im zuständigen Innenausschuss in aller Ruhe das Für und Wider und die Details einer gesetzlichen Regelung diskutieren, so wie wir das immer machen. Das ist der erste Grund. Der zweite Grund, warum wir den Antrag ablehnen: Er ist ein echter Tiefpunkt in der parlamentarischen Arbeit in diesem Haus.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Genauso ist es! – Weitere Zurufe)

Man kann über alles diskutieren. Aber in der einen Woche einen Gesetzentwurf einzubringen, die parlamentarische Debatte nicht abzuwarten,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben schon gesagt, dass Sie dafür sind!)

Gespräche mit den parlamentarischen Spitzenverbänden zu führen

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben wir schon lang geführt!)

und Überlegungen anzustellen, welche Auswirkungen auf eine Gegenfinanzierung, auf Rückwirkungsfragen und auf andere Folgefragen es gibt, und sofort zwei Wochen später einen Dringlichkeitsantrag nachzuschieben, ist eine parlamentarische Flegelhaftigkeit sondergleichen.

(Beifall bei der CSU)

Es mag sein, dass das der Stil ist, lieber Herr Aiwanger,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl!)

in dem Sie in Ihrer Fraktion vorgehen. Des Hohen Hauses hier ist er unwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, ja!)

Ich werde heute auch nicht in die inhaltliche Diskussion einsteigen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil Sie keine guten Argumente mehr haben!)

Das hat mein Kollege Otto Lederer hier in der Plenarsitzung vor zwei Wochen getan,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Versucht hat er es!)

als Ihr Gesetzentwurf in Erster Lesung behandelt und wie immer in die Ausschüsse verwiesen wurde. Der Kollege Lederer hat in dieser Debatte die Überlegung einer so-

genannten Kann-Regelung eingebracht, und zwar ausdrücklich einer echten Kann-Regelung, die den Gemeinden ein echtes freies Ermessen einräumt. Schon daher geht Ihr heutiger Antrag völlig an der Sache vorbei. Denn natürlich sehen auch wir die Zusammenwirkung von Kommunalabgabengesetz auf der einen Seite und Gemeindeordnung auf der anderen Seite. Es ist deshalb immer eine Frage der gesetzlichen Regelung im Detail, ob eine Kann-Regelung in einem echten Sinne ein freies Ermessen der Gemeinde ermöglicht oder ob das nicht der Fall ist. Ob wir am Ende damit zu einer befriedenden Lösung kommen, werden wir sehen und werden wir ebenfalls im Detail diskutieren. Aber mein Eindruck ist, dass es Ihnen um die Details – in den Details aber steckt gerade bei dieser komplizierten Materie der Teufel – überhaupt nicht mehr geht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben die einfache Lösung! – Weitere Zurufe)

Jedenfalls geht es Ihnen nicht mehr um die Details. Bis vor einem Jahr war Ihre Fraktion durchaus noch an einer vernünftigen Diskussion interessiert. Daher haben Sie damals auch die gesetzlichen Regelungen, die wir hier einvernehmlich beschlossen haben, mitgetragen und waren auch – ich erinnere an die Wortbeiträge des Kollegen Hanisch – davon überzeugt, dass das alles richtig ist.

(Hans Herold (CSU): Genauso war es! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Zeit hat das Gegenteil bewiesen!)

Ich möchte daran erinnern, dass es das gemeinsame Ziel aller Fraktionen war, die unterschiedlichen Interessen bei diesem komplizierten Thema zu befrieden, nämlich das Finanzierungsinteresse der Kommunen auf der einen Seite und das Interesse der Eigentümer auf der anderen Seite, nur den finanziellen Beitrag leisten zu müssen, der dem Vorteil entspricht, der ihnen durch die Ausbaumaßnahme im Sinne einer Wertsteigerung des eigenen Grundstücks zugutekommt.

Wir haben es uns damals, vor eineinhalb oder zwei Jahren, wirklich nicht leicht gemacht. Wir haben mit allen Verbänden, mit allen Gegnern und mit allen Befürwortern

diskutiert. Wir haben eine Anhörung durchgeführt und Argumente abgewogen. Ob wir das Ziel, das wir gemeinsam hatten, eine Befriedung herbeizuführen, erreicht haben, wollten wir im Wege einer Evaluierung, die wir ebenfalls gemeinsam beschlossen hatten, bis April 2018 herausfinden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sehen wir jetzt schon! Da brauchen wir nicht bis April zu warten!)

Für Sie ist aber offenbar schon jetzt klar, dass das Ziel der Befriedung nicht erreicht wird.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau!)

Sie führen das vor allem auf Gerichtsentscheidungen – Hohenbrunn – zurück, die uns natürlich auch bekannt sind. Darüber kann man übrigens auch in aller Ruhe sprechen. Ich habe aber aufgrund des wirklich sehr aufgeregten Dringlichkeitsantrags von heute nicht den Eindruck, dass es Ihnen darum geht, vernünftig über das Thema zu sprechen. Das sieht man auch daran, dass Sie nicht nur einen Gesetzentwurf eingebracht haben, sondern auch gleich die Drohung hinterhergeschoben haben: Wenn nicht alles so gemacht wird, wie die FREIEN WÄHLER wollen, machen wir doch gleich ein Volksbegehren. Diese Art des Drohens halte ich auch für unparlamentarisch.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde es sehr schade, dass es Ihnen offenbar genügt, dass Ihnen diejenigen zujubeln, die schon immer – zu Recht oder nicht – für die Totalabschaffung der Beitragsfinanzierung beim Straßenausbau waren. Eine seriöse Diskussion dieser komplizierten Materie sieht aber wirklich anders aus.

Seitdem Sie den überfraktionellen Konsens durch Ihren Gesetzentwurf aufgekündigt haben, steht fest, dass die FREIEN WÄHLER nicht mehr die bisher selbst ernannte Partei der Kommunen sind.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Es scheint Sie überhaupt nicht mehr zu interessieren, was die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden in dieser Frage denken. Fragen Sie doch einmal Ihre eigenen parteifreien Bürgermeister im ganzen Land, wie sie das sehen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich kann Ihnen auch CSU-Bürgermeister nennen!)

Aber Sie stellen Ihre eigenen und alle anderen Bürgermeister leichtfertig in eine Reihe mit primitiven Abzockern. Das wird den Leistungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im ganzen Land, die sich in der Vergangenheit in den meisten Fällen sehr erfolgreich um eine Beitragserhebung mit Augenmaß bemüht haben, wirklich nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich sage daher nochmals und abschließend, wie schon der Kollege Lederer vor zwei Wochen: Wir sind dazu bereit, über die beste Lösung zu diskutieren, um am Ende doch noch zu einem echten und tragfähigen Frieden bei den Straßenausbaubeiträgen im ganzen Land zu kommen.

Natürlich können Sie auch so weitermachen und jede Woche eine Pressekonferenz abhalten, jeden Tag eine Pressemitteilung abgeben

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ist Ihnen das unangenehm?)

und jede Woche einen Dringlichkeitsantrag dazu stellen. Ich denke aber, es ist vielmehr notwendig, zu normalen parlamentarischen Verhaltensweisen und einem vernünftigen Umgang miteinander zurückzukehren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und das abzulehnen!)

Vielleicht denken Sie über die Weihnachtsfeiertage einmal darüber nach. Ich fordere Sie jedenfalls im Namen der Fraktion mit allem Nachdruck dazu auf.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Schmidt. Bitte schön.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Dr. Herrmann, Sie haben uns jetzt sehr gescholten. Ich möchte aber wissen, wie Sie bei der Schelte mit Ihren eigenen Abgeordneten umgehen, die hier für die Straßenausbaubeitragssatzung gestimmt haben und im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen jetzt selbst deren Einführung aussetzen oder, wie Herr Kollege Westphal es ausdrückt, sie in dieser Form fraglich finden und jetzt so vorgegangen sind. Wie sieht da von Ihrer Seite die Schelte aus, wenn die eigenen Kollegen das ebenfalls fraglich finden und einen Weg zurück suchen?

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Im Übrigen ist Herr Wägemann auch ein CSU-Landrat.

(Zuruf von der CSU: Und Ihre Frage?)

Dr. Florian Herrmann (CSU): Ja, er ist mir gut bekannt. Wobei Ihre Frage jetzt natürlich in eine völlig falsche Richtung geht; denn um dieses Thema geht es nicht. Dass jeder seine Meinung dazu hat, wie man mit dem Straßenausbau weiterhin umgehen sollte, ist doch klar.

Mir geht es darum, wie hier im Parlament gearbeitet wird.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, ja!)

Da wird nämlich ein Gesetzentwurf eingebracht, über den man, wie üblich, in aller Ruhe diskutiert, vielleicht mit einer Anhörung und mit einer intensiven Befassung.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber Sie funken eine Woche lang dazwischen und sagen, es gebe nur eine Denkart,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

nämlich Ihre. Wenn das Ihre Art ist, hier Politik zu machen, wünsche ich Ihnen viel Spaß.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei G 9 war es genauso! – Gegenruf von der CSU: Ihr Populisten! – Unruhe – Der Abgeordnete Klaus Adelt (SPD) geht zum Rednerpult)

Präsidentin Barbara Stamm: – Herr Kollege Adelt, ich habe Sie noch nicht gerufen.

(Der Abgeordnete Klaus Adelt (SPD) tritt den Rückweg an)

– Bleiben Sie bitte da.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Kollege, ich wollte Ihnen nämlich zunächst ein bisschen Ruhe verschaffen. – Ich möchte, wie ich es auch gestern getan habe, wieder einmal daran erinnern und schaue dabei jetzt in eine ganz bestimmte Richtung: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht permanent. – Jetzt, Herr Kollege Adelt, haben Sie das Wort. Bitte schön.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, ich bin Ihnen für den Hinweis sehr dankbar; das hat mir etwas Ruhe verschafft. Es ist nicht einfach, über einen weiteren Antrag des "Kommunalkamikaze" Hubert Aiwanger zu sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CSU und der GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eigentlich stimme ich meinen Kollegen von den FREIEN WÄHLERN in manchen Punkten zu, was die Straßenausbaubeitragssatzung angeht, zumindest den ersten Spiegelstrich betreffend. Die Kann-Regelung ist in mehrerlei Hinsicht unpraktikabel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

– Hört mit dem Klatschen auf, das geht von meiner Zeit ab.

(Allgemeine Heiterkeit)

In Unterfranken haben 97 % der Kommunen Straßenausbaubeiträge erhoben, weil sie das Geld gebraucht haben. In Niederbayern waren es nur 39 %. Durch die Kann-Regelung wird dieses Ungleichgewicht noch weiter zunehmen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ist es!)

Gerade Kommunen in der Haushaltskonsolidierung werden auch weiterhin angehalten, die Bürger mittels Erschließungs- und Ausbaubeiträgen an den Kosten zu beteiligen. Ähnlich wird es sich bei den Stabilisierungshilfen und den damit verbundenen Anforderungen ergeben. Die von der CSU propagierte Stärkung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts halte ich für eine Ente; denn nur reiche Kommunen können sich ein "Kann" leisten. Die Kann-Regelung konterkariert jede Bemühung zur interkommunalen Zusammenarbeit.

Ob Straßenausbaubeiträge erhoben werden oder nicht, ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Im Wettbewerb zwischen den Kommunen um Gewerbeansiedlungen kann die Kann-Regelung die Starken weiter stärken und die Schwachen weiter schwächen.

Rein formal liegt die Entscheidung bei den einzelnen Gemeinden. Durch Bürgerbegehren kann man aufgrund der Kann-Regelung die Straßenausbaubeiträge aber ab-

schaffen. Welche Folgen hat das? Werden dann die Zuschüsse im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gestrichen? Werden Stabilisierungshilfen gestrichen? – Ich weiß es nicht. Langer Rede kurzer Sinn: Die Kann-Regelung führt zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung ohne eine Gegenfinanzierung für die Kommunen.

Wenn Sie eine getrennte Abstimmung wünschen, wird sich die SPD auch zum ersten Spiegelstrich Ihres Antrags enthalten; denn wir haben einen längeren Beratungsbedarf. Zwei Jahre lang haben wir diskutiert, zwei Jahre, intensiv.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch zwei Jahre!)

Jetzt sollen wir das noch kurz vor Weihnachten über den Haufen werfen. – Das liegt nicht an uns, sehr geehrter Herr Aiwanger, sondern daran, dass wir die Spitzenverbände beteiligen. Wir machen nicht hopphopp irgendetwas, sondern stimmen das gemeinsam ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Das habe ich vor 14 Tagen gesagt, und dazu stehe ich auch jetzt noch. Die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung führt weder zur Entlastung der Bürger – irgendjemand muss es zahlen; es wird nur wesentlich breiter verteilt – noch zur Steigerung der Rechtssicherheit. Wer die Straßenausbaubeitragssatzung abschafft, fördert nicht die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, sondern schwächt sie eher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CSU)

Es liegt in der Hand des Freistaats Bayern, wer Geld bekommt, wann, wofür und wieso. Sie sind es uns bisher schuldig geblieben zu erklären, wie Sie das finanzieren möchten, abgesehen von Ihrer Bemerkung zu 150 Millionen Euro aus der Kfz-Steuer. Die Kfz-Steuer kann man für alles nehmen, sie ist nicht zweckgebunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, was soll ich da vorschlagen? Konkreter Vorschlag!)

Auch wir enthalten uns bei der Abstimmung über den Antrag, einfach aus dem Grund, dass noch Beratungsbedarf besteht. Im kommenden Gesetzgebungsverfahren – wenn es denn kommt – werden wir auch weiterhin ergebnisoffen diskutieren. Wir stimmen nicht dafür oder dagegen, solange nicht darüber beraten ist. Ich sage es noch einmal: Wir werden uns enthalten.

Jetzt noch ein Hinweis an eure Facebookler und eure Twitterer: Schreibt bitte, dass wir ergebnisoffen sind. Es laufen nämlich jetzt schon wieder Facebook-Einträge, in denen steht, wer alles dagegen sei – ohne dass ich hier das letzte Wort gesprochen habe.

(Zuruf von der CSU: Pfui!)

Das finde ich eine Schweinerei.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! –
Allgemeine Heiterkeit)

In diesem Sinne, mit vielen Anführungszeichen, wünsche ich frohe Weihnachten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Gehring das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Vertrauen, liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine wichtige Ressource der Politik. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass das, was einmal entschieden worden ist, auch eine Zeit lang hält. Das sagt schon der Name "Gesetz" oder "Satzung": Das ist nichts, was man ständig umwirft oder – wie der Taschenspieler seine Hütchen – dauernd hin- und herschiebt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU)

Es ist noch keine zwei Jahre her, dass alle Fraktionen hier im Haus gemeinsame Anträge mit einem gemeinsamen Tenor eingebracht haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Situation hat sich geändert!)

Sie alle haben eine einvernehmliche Lösung gefunden. Das Gesetz ist vor eindreiviertel Jahren in Kraft getreten. Allen Anträgen war gemeinsam, dass man etwas Neues einführen wollte, nämlich diese wiederkehrenden Beiträge, wovon wir uns eine Entlastung der Einzelnen versprechen, indem die Kosten auf alle Anlieger in einem bestimmten Bereich verteilt werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dann sind die Kosten geringer und für alle noch leistbar.

Wir GRÜNEN waren es, liebe Kolleginnen und Kollegen, die gesagt haben: Lasst uns dann die Praxis dieses Gesetzes anschauen, lasst uns das evaluieren. Alle hier haben zugestimmt, dass wir eine Evaluation durchführen sollten. Wir erhalten das Ergebnis bis zum 1. April, also sozusagen gleich nach Weihnachten, im neuen Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir sind nämlich dafür, sich Zeit zu nehmen, sich die Gegebenheiten anzuschauen, um verlässlich zu sein. Anders die FREIEN WÄHLER, sie machen Politik nach dem "Kartoffelprinzip", liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Kartoffelprinzip heißt: Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Das ist die Politik der FREIEN WÄHLER.

Sie haben gegen die Stimmen Ihrer eigenen Mitglieder im Ausschuss eine Kehrtwende beschlossen. Sie haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, ein Volksbegehren in Aus-

sicht gestellt, und jetzt legen Sie diesen Dringlichkeitsantrag vor. Das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie nun von der Finanzierung des Straßenausbaus aus Steuermitteln reden, dann müssen Sie bedenken, dass auch die Steuer das Geld des Bürgers ist, und müssen sagen, wie die Gelder verteilt werden und ob das nicht eher zu einer Kluft zwischen reichen und armen Gemeinden führt. Da gibt es viele Dinge, über die man reden muss. So, wie es heute geschieht, kann man die Problematik sicherlich nicht beraten.

Sie haben allerdings erreicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, dass die CSU nervös geworden ist; denn sie kommt jetzt auch mit einem Gesetzentwurf.

(Allgemeine Heiterkeit)

Also, man muss wirklich sagen: Die FREIEN WÄHLER machen Politik nach dem Kartoffelprinzip. Die CSU macht Politik nach dem Prinzip Kuhschwanz. Der wird nämlich schon bei der kleinsten Mücke unberechenbar.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und Sie schmeißen mit Kartoffeln auf die Kuh!)

Die Kuhschwanzpolitik der CSU bedeutet, dass eine Kann-Regelung kommen soll. Das ist die schlechteste aller Lösungen bei der Straßenausbaubeitragssatzung; denn dann wird diese Satzung faktisch abgeschafft, ohne dass es eine entsprechende Gegenfinanzierung für die Kommunen gibt. Kein Bürgermeister wird dann in seiner Kommune noch eine solche Satzung durchsetzen können, und dann sind wiederum die ärmeren Gemeinden die Dummen. Die Kluft zwischen armen und reichen Gemeinden wird also noch größer werden, und die Straßen werden noch weniger saniert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Vorschlag der CSU zeigt: Wenn Sie nervös werden – das sind Sie offensichtlich –, verlieren Sie die kommunale Bodenhaftung immer mehr.

Wir haben getrennte Abstimmungen über die beiden Absätze beantragt. Wir werden dem ersten Absatz zustimmen; denn diese Kann-Regelung muss abgeräumt werden. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, falls es da schon Papiere gibt, empfehle ich Ihnen: Treten Sie sie bitte in die Tonne; sie haben wirklich keinen Wert.

Beim zweiten Absatz werden wir gegen den Vorschlag der FREIEN WÄHLER stimmen; denn das ist nicht die richtige Art, dieses Thema zu diskutieren. Lasst uns bis zum 1. April warten. So lange können wir doch noch warten. Dann werden wir das Thema sorgfältig diskutieren; denn wir brauchen eine Lösung, die möglichst im Konsens gefunden wird. Diese Lösung muss dann auch halten, ganz egal, wer im September oder in fünf Jahren regiert.

So berechtigt das Anliegen ist, aber es hilft uns nicht, wenn CSU und FREIE WÄHLER so kurz vor der Landtagswahl nervös werden. Das rechtfertigt nicht eine Fehlentscheidung in einer für die Kommunen so wichtigen Angelegenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Gottstein hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Gehring! Erstens verstehe ich nicht, warum man die Kartoffel in gewisser Weise herabwürdigt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Kartoffeln sind ein vielseitiges Lebensmittel und haben in schlimmen Zeiten schon ganze Bevölkerungsgruppen im wahrsten Sinne des Wortes am Leben erhalten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der zweite Punkt. Als Bildungspolitiker wissen Sie, dass man aus Fehlern lernen kann. Die FREIEN WÄHLER haben gelernt, dass sie für den Wechsel vom G 8 zum G 9 viel zu lange gebraucht haben. Es dauerte zehn Jahre. Daran waren wir massiv beteiligt. Aber jetzt haben wir erkannt, dass das Kommunalabgabengesetz, das der Landtag vor eineinhalb Jahren sicher auch mit unserer Zustimmung mühsam erarbeitet hat, draußen nicht ankommt und dass es nicht praktikabel ist. Deswegen wollen wir nicht wieder so lange warten, sondern ergreifen jetzt alle politischen Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Gehring, bitte!

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Kollegin, als Bildungspolitiker weiß ich, dass es immer gut ist, gesicherte Grundlagen für seine Entscheidungen zu haben. Man hat eine gewisse Empirie, und man schaut sich die Sachen sorgfältig an. Deswegen haben wir den Antrag gestellt – Sie haben alle zugestimmt –, eine Evaluation durchzuführen und uns die Thematik näher anzusehen. Es geht nicht schneller; es dauert bis 1. April. Und dann kann man – das glaube ich als Bildungspolitiker – als vernünftiger Parlamentarier über das Ergebnis reden und eine gute Regelung finden.

Die Kartoffel ist etwas Beständiges; man muss warten, bis sie reif ist, und deswegen brauchen wir Geduld bis zum 1. April. Die Kartoffel verfault in der Zwischenzeit nicht, sondern wird bis dahin vielleicht noch besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Ich habe Zeit. Wir können heute bis in die späten Abendstunden tagen.

(Anhaltende Unruhe)

Ich kann nicht zur Abstimmung kommen, wenn hier keine Ruhe herrscht, noch dazu, weil ich zunächst etwas ansagen muss.

Wir kommen also jetzt zur Abstimmung. Dazu darf ich sagen, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt hat, über die zwei Absätze ihres Antrages in einfacher Form getrennt abzustimmen und anschließend über den gesamten Antrag in namentlicher Form abzustimmen.

Ich lasse also jetzt zunächst über die zwei Absätze des Antrages in einfacher Form getrennt abstimmen.

Ich möchte die Absätze gerne zunächst verlesen. Der 1. Absatz lautet:

Der Landtag stellt fest, dass die Einführung einer "Kann-Regelung" zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen keine Lösung bestehender Probleme ist.

Wer diesem Absatz des Antrages seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion.

(Zurufe)

Darf ich fragen, Herr Kollege Felbinger, wie abgestimmt worden ist? –

(Zurufe: Zustimmung)

Zustimmung? – Gut, mit Zustimmung von Kollegen Felbinger (fraktionslos) ist der 1. Absatz des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Der 2. Absatz lautet:

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Regelung zur Erhebung dieser Beiträge gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 3 Kommunalabgabengesetz abgeschafft werden soll, um die Bürger zu entlasten und Rechtssicherheit für Bürger und Kommunen herzustellen.

Wer diesem 2. Absatz seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD ist auch dieser Absatz abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Gesamtantrag. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung und bitte die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 13.38 bis 13.43 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Ich werde das Ergebnis dann zu einem späteren Zeitpunkt bekannt geben.

Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit einer weiteren namentlichen Abstimmung fort, und zwar zu Tagesordnungspunkt 20. Das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Mehr Sonnenenergie für Bayern – Bürgerenergie statt Ausbaudeckel" auf der Drucksache 17/17178. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung und bitte Sie, Ihre Stimmkarten einzuwerfen. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.44 bis 13.47 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen; denn ich möchte gern in der Tagesordnung fortfahren. Wer wichtige Themen zu besprechen hat, möge das bitte außerhalb des Plenarsaals tun.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend „Kann-Regelung“ ist keine Lösung – Straßenausbaubeiträge schnell abschaffen!“, Drucksache 17/19612, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 16, mit Nein haben gestimmt 78. Dann gab es 53 Stimmenthaltungen. – Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt. ,

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; "Kann-Regelung" ist keine Lösung - Straßenausbaubeiträge schnell abschaffen! (Drucksache 17/19612)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			X
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			X
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Deckwerth Ilona			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			X
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes			
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			X
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			X
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter			
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	16	78	53